



**Junge Union
Baden-Württemberg**

Unsere Energieversorgung von morgen

**Beschluss Landestag
am 19./20. November 2005
Eschachhalle
in Ravensburg**



I. Hin zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung

Unsere Gesellschaft ist geprägt durch Mobilität, Individualität und Kommunikation. Unseren hohen Lebensstandard sichern wir durch qualifizierte Arbeitsplätze. Zwingende Voraussetzung für all dies ist eine gesicherte Energieversorgung.

Energiepolitik bewegt sich dabei in einem Dreieck von drei Hauptzielen:

- Versorgungssicherheit,
- Wirtschaftlichkeit,
- Umweltverträglichkeit.

Der gegenwärtige Energiemix und die bisherigen Pläne für dessen Weiterentwicklung erscheinen nicht geeignet, die Energieversorgung in Zukunft sicherzustellen. Derzeit verlassen wir uns auf fossile Energieträger und Kernenergie. Im Jahr 2004 deckten diese Energieträger über 95% des Primärenergiebedarfs. Hauptenergieträger im Verkehr ist fossiles Öl. Bei der Versorgung mit Wärme und Strom werden in erster Linie Kohle, Gas und Kernenergie eingesetzt. Dies bedeutet für unseren gegenwärtigen Energiemix:

- eine annähernd 100%-ige Abhängigkeit von Importen,
- umweltbelastende CO₂-Freisetzung bei der Kohle- und Ölverbrennung,
- ein Restrisiko, das sich aus der anfallenden Radioaktivität bei der Kernspaltung ergibt.

Das Energiekonzept der Jungen Union Baden-Württemberg gründet auf diesen Prämissen und Erkenntnissen. Das Ziel ist, unseren Energiemix durch einen Umbau zukunftsfähig zu machen und die Versorgung abzusichern. Dafür ist es erforderlich, bei den genutzten Energieträgern stärker zu diversifizieren, um die Abhängigkeit von Importen zu verringern und die Umweltbelastung durch den übermäßigen Anteil der fossilen Energieträger mittelfristig deutlich zu reduzieren. Dabei setzen wir auf das Potential regenerativer Energieträger, im Speziellen:

- Wasserkraft,
- Biomasse,
- Geothermie,
- Solarenergie,
- Windkraft.

Die regenerativen Energieträger befinden sich in unterschiedlichen technologischen Reifestadien. Ihre weitere Erforschung und Markteinführung bzw. -festigung bedarf aktiver Unterstützung. Die Umgestaltung des Energiemixes sollte dabei als Chance verstanden werden. Baden-Württembergische Institute bewegen sich an der Spitze der Forschung in regenerativen Energien. Diese Innovationskraft sollte in Produkte münden und die heimische Wirtschaft stärken. Hier sind in erster Linie die Landesregierung und die Bundesregierung gefordert, über die Rahmengestaltung ein wirtschaftlich konkurrenzfähiges Energiegewerbe zu ermöglichen und Standortvorteile zu schaffen.

Im Weiteren wird aufgezeigt, welche Erwartungen wir mit den verschiedenen Energieträgern verbinden und wie wir die Energiepolitik des 21. Jahrhunderts konkret gestalten wollen. Langfristig wird der Umstieg auf umweltverträglichere und wirtschaftlich sinnvolle Energieträger und eine Diversifizierung unseres Energiemixes angestrebt. Vorauszuschicken ist natürlich, dass nur eine Art von Energie umweltfreundlich ist. Nämlich diejenige, die im Verkehr, Haushalt oder in der Industrie eingespart werden kann.



II. Regenerative Energieträger

Regenerative Energieträger tragen etwa 9% zur Stromproduktion in Deutschland bei. In Baden-Württemberg besteht die Sondersituation, dass Wasserkraft knapp 10% zur Stromproduktion beiträgt. Jedoch tragen die übrigen regenerativen Energieträger weniger als 1% bei.

Studien prognostizieren regenerativen Energieträgern in Baden-Württemberg einen Anteil von deutlich über 25% an der gesamten Energiegewinnung in den nächsten 25 Jahren. Um dies zu erreichen, ist es erforderlich, auf unterschiedliche regenerative Energieträger zu setzen. Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen für den Umbau des Energiemixes festzusetzen. So sind einige Technologien durch weitere Forschungsaktivitäten erst noch zur Marktreife zu führen. Bei anderen Technologien geht es darum, durch zielgerichtete Anreize und Förderungen eine stärkere Marktdurchdringung zu erreichen.

In privaten Haushalten soll der Umstieg auf regenerative Wärmeherzeugung über zinsgünstige Kredite für die Erstinvestition unterstützt werden. Bei der Förderung der Stromerzeugung erscheinen Einspeisevergütungen überlegen gegenüber Investitionsbeihilfen und vor allem Steuersparmodellen, welche die Junge Union Baden-Württemberg ablehnt. Anders, als im bisherigen EEG, muss der Reifegrad der jeweiligen regenerativen Technologie stärker berücksichtigt werden.

Biomasse

Biomasse ist vielseitig. Als fester, flüssiger oder gasförmiger Energieträger eignet sie sich sowohl zur Strom- und Wärmeherzeugung, als auch als Treibstoff im Verkehr (siehe auch Abschnitt "Verkehr"). Biomasse ist CO₂-neutral und umweltverträglich.

Im Flächenland Baden-Württemberg bietet die extensive Nutzung von Biomasse als Energieträger eine Vielzahl an wirtschaftlichen Perspektiven für die heimische Agrar- und Forstwirtschaft. Studien sehen daher ein Biomasse-Potential von 15 % am Primärenergiebedarf, das bisher erst zu ca. 10–15 % ausgeschöpft wird.

Häusliche Biomasse-Feuerungsanlagen (Pellets, Holzhackschnitzel) erreichen zunehmend eine eigenständige Wettbewerbsfähigkeit gegenüber öl- und gasbetriebenen Anlagen. Die Fördermaßnahmen sind, an dieser Entwicklung orientiert, schrittweise zu reduzieren. Wichtig ist des Weiteren, durch konkrete Informationsprogramme oder auch Energieagenturen (siehe dazu Abschnitt "Haushalt") bei Bauvorhaben über den Nutzen und die Wirtschaftlichkeit solcher Anlagen aufzuklären.

Bei größeren Anlagen zur Nah- und Fernwärmeerzeugung bzw. Stromgewinnung haben die bisherigen Förderprogramme im Rahmen der Energieholzinitiative (Ministerium für ländlichen Raum Baden-Württemberg) und des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes zu einer wünschenswerten Forcierung des Baus dieser Anlagen geführt. Eine degressive Weiterführung der Förderprogramme über die nächsten 5–7 Jahre erscheint sinnvoll. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch die standortnahe Nutzung von Schnittholz und Biogas als Restprodukte von anderen Prozessen, ebenso die Klärschlamm-trocknung zur späteren Verbrennung. Antransporte über Distanzen von über 100 km erscheinen nicht sinnvoll.

Geothermie

Die Wärmevorkommen im Inneren der Erde sind nahezu unerschöpflich und unterliegen keinen periodischen oder klimatischen Schwankungen. Es gibt verschiedene Ansätze, diese geothermischen Vorräte für uns zu nutzen. Im Wesentlichen wird in bodennahe und Tiefen-Geothermie unterschieden.



Die bodennahe Geothermie eignet sich ausschließlich zur Wärmeengewinnung und kann in kleinen Anlagen (Erdwärmesonden, Erdwärmekollektoren) in Verbindung mit einer Wärmepumpe betrieben werden. Die verhältnismäßig hohen Investitionskosten und das mit den Bohrungen verbundene Risiko stellen Hemmnisse bei der Nutzung der bodennahen Geothermie dar. Ein Anreizprogramm des Landes Baden-Württemberg ist kürzlich aufgelegt worden und sollte dringend aktiv weiterbegleitet werden.

Bei der Tiefen-Geothermie werden die Temperaturen (mind. 120°C) in einer Tiefe von etwa 2800 – 5000m genutzt, um zusätzlich zur Wärmeengewinnung Strom zu produzieren. Die Tiefen-Geothermie befindet sich noch in einem frühen Entwicklungsstadium. Die Bohrkosten stellen dabei das größte Investitionsrisiko dar. Pilotvorhaben, wie die von der Landesregierung unterstützte Versuchsanlage am Forschungszentrum Karlsruhe sind daher dringend erforderlich. Die Oberrheinebene ist die Region mit dem größten geothermischen Potential Mitteleuropas. Durch gezielte Investitionsfördermaßnahmen soll Baden-Württemberg die große Chance nutzen und zu dem Geothermie-Land in Mitteleuropa werden.

Windkraft

Geprägt durch immer größere Rotordurchmesser und leistungsfähigere Generatoren ist der Anteil der Windkraft an der Stromgewinnung in Deutschland in den letzten Jahren deutlich, auf inzwischen über 4 %, gestiegen.

Windpark-Konzepte spielen eine immer wichtigere Rolle, da nur sie geeignet erscheinen, Naturschutz und die Ausweitung der Stromgewinnung aus Windkraft erfolgreich zu vereinen. Das primäre Potential wird in Off-Shore Anlagen auf offener See gesehen, weniger bei großflächigen landgestützten Anlagen.

In den letzten Jahren wurden deutliche Fortschritte gemacht, was die Stabilität der Netze bei der Einspeisung von Strom aus Windkraft angeht. Durch neue regelungstechnische Ansätze ist es selbst bei einem hohen prozentualen Anteil der Windkraft nicht mehr erforderlich, Reservekraftwerke mit vergleichbarer Leistung simultan mitlaufen zu lassen, um die Stromversorgung abzusichern. Im Sinne einer verlässlichen Technologie muss auf die Netzsicherheit natürlich weiterhin großer Wert gelegt werden.

Bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen haben die Belange des Landschaftsschutzes eine gleichwertige Rolle zu spielen, wie bei anderen Bauvorhaben. Darüber hinaus dürfen Windkraftanlagen nur dort gebaut werden, wo sie effizient arbeiten können.

Für den wirtschaftlichen Betrieb von Windkraftanlagen ist die finanzielle Förderung gegenwärtig noch entscheidend. Jedoch ist kurzfristig davon auszugehen, dass sich dies für günstig gelegene Standorte ändert. Förderungen müssen daher beschränkt werden.

Solarenergie

Die Gewinnung von Strom und Wärme direkt aus dem Sonnenlicht hat in den letzten Jahren besondere Aufmerksamkeit erhalten, auch durch eine bevorrechtigte Förderung von Solarstromproduktion im Rahmen des EEG. Dabei liegt ihr Beitrag zur Stromproduktion bei unter 0,05%. Jedoch prognostizierten verschiedenste Studien der Solarenergie ein enormes Potential mit Zuwachsraten von 1000% pro Dekade über einen Zeitraum von 30 Jahren. Unter diesen Annahmen würde die Solarenergie im Jahre 2035 also einen Anteil von etwa 30% zur Stromproduktion in Deutschland beisteuern können.

Die EEG-Förderung hat zu einer Überhitzung des Marktes geführt und muss daher dringend angepasst werden. Die Ausgangssätze bei der Einspeisevergütung sind zu reduzieren, die degressive Fortschreibung ist beizubehalten. Der allgemeine Trend bei der Stückpreisentwick-



lung für Module und deren Wirkungsgrad ist indes sehr vorteilhaft und entspricht den Erwartungen aus den oben angeführten Studien.

Die positive Entwicklung muss durch Forschungsförderung dringend weiter vorangetrieben werden, um möglichst zügig Fortschritte bei Marktreife und Wirtschaftlichkeit der Technologie zu erzielen. Dazu sind auch Konzepte für solarthermische Kraftwerke, die nicht auf Solarmodul-Technologie basieren und eher für südlichere geographische Zonen geeignet sind, weiterzuverfolgen. Das weltweite Potential sollten wir als Chance für unsere heimische Industrie verstehen.

Die Verwendung von Sonnenkollektoren zur häuslichen Wärmebereitstellung, als Alternative zu Öl oder Gas, ist bereits als bewährtes System anzusehen. Indem die wirtschaftlich akzeptablen Amortisationszeiträume für die Investition in solche Anlagen publik gemacht werden, kann auf geeignete Weise die stärkere Marktdurchdringung unterstützt werden. In diesem Zusammenhang wird auch hier auf das Konzept der Energieagenturen (siehe auch Abschnitt „Haushalt“) verwiesen.

Die Genehmigung von Standorten zur Nutzung von Sonnenenergie sollte auf bereits bebaute Flächen – z.B. Dachflächen- beschränkt werden.

Wasserkraft

Die Wasserkraft ist ein traditioneller Energieträger, der bereits seit über hundert Jahren zur Stromerzeugung eingesetzt wird. Sie verursacht keinerlei Emissionen und ist im Rahmen von Speicherkraftwerken flexibel einsetzbar. Gerade in Baden-Württemberg wird dieser Energieträger intensiv genutzt. Wasserkraft trägt hier knapp 10 % zur Stromgewinnung bei.

Wasserkraft ist eine sehr reife Technologie, deren Potential zu einem hohen Grad ausgeschöpft ist. Zukünftig wird es aus Naturschutzaspekten heraus kaum mehr darum gehen können, zusätzliche Kraftwerke zu errichten. Vielmehr wird der Wirkungsgrad vorhandener Anlagen durch Modernisierung zu erhöhen sein.

Die Junge Union Baden-Württemberg fordert für regenerative Energien:

- bewährte Förderprogramme zur Nutzung von Biomasse in modernen Anlagen müssen weitergeführt werden. Mittelfristig wird ein Anteil von 6 % an der Stromproduktion angestrebt.
- bei der Exploration der Tiefen-Geothermie an der Forschungsanlage Karlsruhe darf die Landesregierung keine weiteren Verzögerungen zulassen.
- private Investitionen in die Modernisierung häuslicher Anlagen zur Wärmeengewinnung auf Basis regenerativer Energien sind weiterhin durch zinsgünstige Kredite zu flankieren.
- bei der weiteren Genehmigung von Windpark-Vorhaben müssen Netzsicherheit, wirtschaftliche Gesamtbetrachtung, Naturschutz und landschaftliche Aspekte im Vordergrund stehen. Erklärtes Ziel ist es, den Anteil der Windkraft am Energiemix weiter zu erhöhen. In Baden-Württemberg sieht die Junge Union keine zusätzlichen Standorte, die diese Kriterien erfüllen.
- die Förderung von Solarenergie über das EEG muss stärker degressiv gestaltet werden, um Marktverzerrungen aufgrund von Fehlanreizen künftig zu vermeiden. Zudem sind Forschungsmittel aufzustocken, mit deren zielgerichtetem Einsatz der Solarenergie in den beiden nächsten Jahrzehnten zum großtechnischen Durchbruch verholfen werden soll.



III. Konventionelle Energieträger

Die Kernkraft stellt heute zusammen mit Kohle und Gas die zentrale Säule der Energieversorgung in Baden-Württemberg dar. Das Ziel, den Energiemix zu diversifizieren darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Energieträger auch auf absehbare Zeit den größten Anteil zu unserer Energieversorgung beitragen werden. Bisher findet die Energieproduktion richtigerweise bedarfsnah statt. Die Landesregierung und die Bundesregierung sind aufgefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, um auch zukünftig eine wirtschaftliche Stromproduktion in Baden-Württemberg zu gewährleisten.

Auf der anderen Seite gilt es aber auch, durch Verbesserung und Modernisierung der Produktionsanlagen, den Wirkungsgrad zu erhöhen und die Umweltbelastung weiter zu reduzieren.

Gas- und Dampfkraftwerke

Die Verbrennung von fossilem Gas steuert in Baden-Württemberg 5 %, in Deutschland fast 10 % zur Stromproduktion bei.

Sie stellt einen sauberen und effizienten Weg zur Erzeugung von Strom und Wärme dar. Im Vergleich zu anderen Verbrennungskraftwerken werden bei hohem Wirkungsgrad wesentlich geringere Mengen an CO₂ emittiert. Da Gas nur bedingt speicherbar ist, müssen Kraftwerke über ein Rohrleitungssystem kontinuierlich versorgt werden. In Deutschland verfügen wir nicht über ausreichende Gasvorkommen, sondern sind auf Importe aus teilweise politisch instabilen Regionen angewiesen.

Kohle

In Baden-Württemberg liegt der Anteil der Steinkohleverstromung bei 27 %. Braunkohle spielt dagegen keine Rolle.

Steinkohle wird vollständig aus anderen Bundesländern bzw. aus dem Ausland importiert. Durch eine möglichst breite Streuung bei den Lieferländern (Polen, Kolumbien, Australien, Südafrika, etc.) soll die Versorgung langfristig gesichert werden. Anzumerken ist, dass speziell die Kosten, die mit dem Transport im Binnenland verbunden sind, einen deutlichen Wettbewerbsnachteil für Standorte in Baden-Württemberg bedeuten.

Aus Umweltschutzaspekten heraus ist es sehr wichtig, Emissionen von Kohlekraftwerken weiter zu reduzieren. Die „Clean Coal Technology“ beispielsweise könnte in der Zukunft dabei helfen, die bei der Verbrennung von Kohle entstehende Emission von CO₂ in die Atmosphäre nachhaltig zu reduzieren. Auch das Konzept der Emissions-Zertifikate als wirtschaftlichem Steuerinstrument wird einen positiven Beitrag leisten.

Ein vorzeitiger Ausstieg aus der Kohlesubvention muss rasch umgesetzt werden.

Kernkraft

Rund 58 % des Stroms in Baden-Württemberg werden aus der Kernkraft gewonnen, die damit den mit Abstand wichtigsten Energieträger darstellt. Nach der Abschaltung des Kernkraftwerkes Obrigheim im Mai 2005 sind in Baden-Württemberg aktuell noch vier KW-Blöcke in Betrieb. Deren Betriebsdauer wurde durch den Atomkonsens der rot-grünen Bundesregierung mit den Kernkraftwerksbetreibern auf 32 Jahre bzw. ein Reststrommengenäquivalent limitiert, was eine im internationalen Vergleich kurze Laufzeit bedeutet. Obwohl Experten die deutschen Kernkraftwerke weltweit als am sichersten einstufen, hat die ehemalige rot-grüne Bundesregierung das Strahlungsrisiko wesentlich kritischer bewertet als viele andere Regierungen.



Die Kernkraft stellt nach heutigem Erkenntnisstand die einzige Möglichkeit dar, eine zuverlässige Grundversorgung an Strom zu gewährleisten sowie den wachsenden Energiebedarf in unserem Land zu decken. Es ist derzeit nicht absehbar, wie der vorhandene Energiebedarf mittels der bisher bekannten regenerativen Energieträger wirtschaftlich gedeckt werden kann. Angesichts der globalen Klimaerwärmung muss weiter berücksichtigt werden, dass die Kernkraft völlig ohne CO₂-Ausstoß auskommt und abgesehen von der Endlagerung der Brennstäbe eine besonders saubere Energiequelle darstellt.

Ein mittelfristiger Ausstieg aus der Kernkraft in Deutschland führt einerseits dazu, dass der Energiebedarf ersatzweise aus Atomstrom von Anbietern aus unseren Nachbarländern gedeckt werden muss. Andererseits folgt aus einem Ausstieg aus der Forschung im Bereich Kernenergie auch der Ausstieg aus der Sicherheitstechnologie, so dass dann andere Länder auch die einschlägigen Sicherheitsstandards festlegen. Deshalb muss gerade auch im Wege staatlicher Subventionen die Kernforschung weiter unterstützt und vorangetrieben werden.

Im Ergebnis halten wir daher an Kernenergie fest.

Kernfusion ist im Hinblick auf einen Umbau des Energiemixes heute noch kein Thema, da mit ihrer wirtschaftlichen Nutzung auf absehbare Zeit noch nicht gerechnet werden kann. Entsprechende Grundlagenforschung sollte aber weiter vorangetrieben werden.

Die Junge Union Baden-Württemberg fordert für konventionelle Energien:

- Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und Abgasreinigung bei Verbrennungsvorgängen müssen in unseren Kraftwerken weiterhin forciert werden, um Kosten für die Energieproduktion und Umweltbelastungen zu senken.
- der Emissionsrechtehandel in Deutschland muss unter wettbewerbsrechtlichen Gesichtspunkten so gestaltet werden, dass er unmittelbar Anreize schafft, neue Forschungsergebnisse bei der Abgasreinigung in der Praxis umzusetzen.
- ein Ausstieg aus der Kernkraft muss ideologiefrei betrachtet werden. Er ist erst dann umzusetzen, wenn geeignete CO₂-neutrale und wirtschaftlich sinnvolle Alternativen zur Verfügung stehen. Ein Umstieg auf Kohle und ein verstärkter Energieimport aus dem Ausland sind nicht akzeptabel.
- die Erkundungsbohrungen zur Prüfung der Eignung des "Schacht Konrad" in Gorleben als Endlagerung von radioaktivem Material sind umgehend wieder aufzunehmen.

IV. Strom- und Gasmarkt / Handel / Regulierung

Die im Strom- und Gasmarkt erfolgte Liberalisierung ist zielführend und sinnvoll, da wertvolle Impulse für den Markt geschaffen werden. Die bisherigen Erfolge sind allerdings, nicht nur durch die Kompensation aufgrund der Ökosteuer und anderer Abgaben, weit weniger wahrnehmbar, als dies beispielweise bei der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes der Fall war. Die Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes ist daher konsequent fortzusetzen. Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass Wettbewerb entsteht. Ziel der Regulierung muss es dabei sein, einen freien Markt zu schaffen, wo dies möglich ist, und nur dort regulierend einzugreifen, wo dies nötig ist. Vor allem bei Verbund- und Verteilernetzen ist eine Regulierung nötig, da sich bei den Betreibern durch Netzeffekte und Eigenvorbehaltsrechte natürliche Monopole herausgebildet haben.

Sofern Wettbewerb nur schwer innerhalb des Marktes möglich ist, soll ein Wettbewerb um den Markt gefördert werden. Die strikte Trennung des Netzbetriebes vom Handel und der Erzeugung ist unbedingt sicherzustellen, um allen Marktteilnehmern einen diskriminierungsfreien Zugang zum Strom- und Gasnetz zu ermöglichen.



Die Junge Union Baden-Württemberg fordert für Strommarkt / Handel / Regulierung:

- die neue Netzagentur muss mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet werden, um einen gesunden Wettbewerb im Energiemarkt zu etablieren, Quersubventionierungen der Netzbetreiber zu unterbinden und eine transparente Preisgestaltung sicherzustellen.
- eine stärkere Ex-Ante Regulierung des Energiemarktes, wie dies im Telekommunikationsmarkt der Fall ist, wird gefordert. Gerade in einem jungen Markt ist diese Form der Regulierung erforderlich, um eine Ausnutzung vorhandener Monopole durch die Netzbetreiber zu verhindern.

V. Energieverbrauch in Haushalt, öffentlichen Gebäuden und Industrie

In Deutschland wird rund ein Drittel der Primärenergie als Heizwärme verwendet. Hier bestehen Energiesparpotentiale, die konsequent zu nutzen sind. Zu nennen sind beispielsweise Wärmedämmungen, Fensterverglasungen oder energiesparende Bauweisen. So können durch energieoptimiertes Bauen und Sanieren im häuslichen Bereich bis zu 40 % des Energieverbrauches, und damit auch Energiekosten, eingespart werden. Aus ökonomischer und ökologischer Sicht müssen außerdem regenerativ betriebene Heizungsanlagen näher betrachtet werden.

Auch bei gewerblichen und industriellen Betrieben besteht ein deutliches Einsparpotential, das bisher noch zu selten identifiziert wird. Durch den Zwang zu weiteren Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen ist jedoch davon auszugehen, dass Gerätehersteller, Bauplanungsbüros und Anlagenbauer dieses Element zukünftig stärker berücksichtigen werden. Außerdem sollten Unternehmen ihre Mitarbeiter zur Energiesparsamkeit anhalten. Ein weiteres Eingreifen der Politik über bisherige Maßnahmen hinaus ist hierbei nicht angezeigt.

Großvolumige Bezuschussungsprogramme durch den Staat sind teuer und hier auch nicht angemessen. Vielmehr soll der Staat beraten und informieren, bzw. entsprechende Strukturen dazu schaffen. Unabhängige Energieagenturen, wie in einigen Landkreisen bereits heute praktiziert, sind erfolgreiche Beispiele für mögliche Ansätze. Innerhalb dieser Agenturen kooperieren örtliche Energieversorger, Handwerker, Umweltverbände, Kreditinstitute und die Verwaltung, um Bauherrn kostenlos qualifizierte Informationen (z.B. Fördermöglichkeiten, technische Fragen, Einsparpotentiale beim Energieverbrauch) geben zu können.

Energiecontracting-Modelle sind geeignete Möglichkeiten, um Maßnahmen für eine höhere Energieeffizienz zu realisieren und den Ausbau von regenerativ betriebenen Erzeugungsanlagen zu forcieren. Bund, Länder und Kommunen, aber auch Wohnungswirtschaft und Industrie sollten die Möglichkeiten, die sich aus der Kooperation mit Contractoren ergeben, für ihre Liegenschaften zukünftig sehr viel stärker nutzen. Contracting-Vorhaben sollten zudem auch von den bestehenden staatlichen Förderprogrammen erfasst sein.

Die Junge Union Baden-Württemberg fordert für Haushalt, öffentliche Gebäude und Industrie:

- die flächendeckende Schaffung von Energieagenturen soll forciert werden. Die kommunalen Verwaltungen müssen hier federführend fungieren. Kreishandwerkerschaft und IHK sollen hier stark mit eingebunden werden.
- eine stärkere Sensibilisierung der Bevölkerung für das Thema Energiesparen muss erreicht werden. Entsprechende Inhalte müssen etwa in den Schulen weiter verstärkt und in der Öffentlichkeit über lokale Medien kommuniziert werden.



VI. Verkehr

Der Anteil von Verkehr am Gesamtenergieverbrauch liegt bei annähernd 30 %. Rohöl ist hier der fast alleinige Energieträger. Die vollständige Abhängigkeit vom Rohölmarkt wirft kritische Fragen über Wirtschaftlichkeit und eventuell auch Versorgungssicherheit in der Zukunft auf.

Bereits heute zielt eine Vielzahl von internationalen Gesetzesinitiativen zur Emissionsminderung und zum Klimaschutz darauf ab, die Energiebilanz im Verkehrssektor zu beeinflussen. Gerade die Politik und die Wirtschaft im Automobilland Deutschland müssen diese Trends aufgreifen, die in den nächsten Jahren zur tragenden Säule für Innovationen werden sollen. Ein erster Schritt ist die konsequente Reduktion des Gesamtverbrauchs. Dies kann geschehen über eine Reduktion des Flottenverbrauchs bei Kraftfahrzeugen, wie auch über ein intelligentes Management von Verkehrsströmen. Was die Forschung an verbrauchsarmen Motoren angeht, hat die Entwicklung gezeigt, dass es ohne staatliche Förderung nicht geht.

Der Umstieg auf neue Energieträger, wie etwa Biodiesel oder Wasserstoff, ist auf lange Sicht unerlässlich. Gerade die Brennstoffzellen-Technologie ist vielversprechend und zu recht ein großer Hoffnungsträger. Ein Umstieg auf breiter Basis ist jedoch nur dann zielführend, wenn er nachhaltig ist und die Produktion des Wasserstoffs über emissionsfreie Energieträger erfolgt. Daher kann dies nur langfristig geschehen und bedarf weiterer intensiver Forschungsbemühungen an Hochschulen, Instituten und in der Wirtschaft.

Das europäische Flugaufkommen ist insbesondere durch die starke Zunahme bei sogenannten Billigflugangeboten in den letzten Jahren deutlich angestiegen (aktueller Anteil des Luftverkehrs am Gesamtverkehr in Deutschland ist 3 %). Der Umstand, dass Flugbenzin als einziger Energieträger keinen Steuern unterliegt, wird hier gezielt als Wettbewerbsvorteil gegenüber Kraftfahrzeug und Bahn ausgenutzt - mit den entsprechenden Folgen für die Umwelt.

Die Junge Union Baden-Württemberg fordert für Verkehr:

- der Energieverbrauch von Kraftfahrzeugen muss weiter konsequent reduziert werden.
- Wasserstoffforschung (Herstellung und Umsetzung) und Pilotvorhaben müssen weiter ausgebaut werden mit dem Ziel der Marktreife bis 2015. Die Forschung und Markteinführung ist durch entsprechende Anreize zu stimulieren.
- die Nutzung von Biomasse, insbesondere Biodiesel, im Verkehr wird begrüßt und ist vom Gesetzgeber weiterhin über eine Kraftstoffsteuerbefreiung zu fördern.
- der öffentliche Dienst sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Die durchschnittliche Motorisierung des öffentlichen Fahrzeugparks muss daher wieder auf das frühere Niveau reduziert werden.
- durch die Einführung einer europaweiten Kerosin-Steuer muss die einseitige Bevorzugung des Luftverkehrs zurückgenommen werden.
- Ziel des Gesetzgebers muss es sein, bis 2020 eine wirtschaftsneutrale Reduktion der Rohöl-Nutzung im deutschen Straßenverkehr von 35 % gegenüber heute zu erreichen. Dieses Ziel muss auch europaweit verfolgt werden.